
Dokumentation

DGB-Beitritt der Gewerkschaft der Polizei*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf unserer letzten Bundesausschuß-Sitzung am 8. März haben wir einen wichtigen Schritt getan. Wir haben die Gewerkschaft der Polizei als 17. Mitglied in den Deutschen Gewerkschaftsbund aufgenommen. Damit haben wir die schwierige Etappe der Beitrittsgespräche und Verhandlungen abgeschlossen. Eine neue Etappe steht jetzt vor uns.

Sie wird dokumentiert durch die Anwesenheit des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Kollegen Helmut Schirmacher, der heute zum erstenmal an der Sitzung des Bundesvorstandes teilnimmt. Mit ihm begrüße ich die Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvor-

* Die folgende Kurzansprache wurde aus Anlaß des GdP-Beitrittes vor dem DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf am 4. April 1978 gehalten. Vergleiche dazu auch den Bericht des Kollegen Steiert in diesem Heft (S. 289ff.).

Standes der GdP herzlich. Es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, die Gewerkschaft der Polizei als 17. Säule des DGB möglichst schnell auf allen Ebenen in die Arbeits- und Willensbildungsprozesse der Gesamtorganisation einzubeziehen. In diesem Sinne heiße ich die Kollegen der GdP heute herzlich willkommen. Ich bin davon überzeugt, daß wir nicht erst Barrieren abbauen müssen, sondern daß wir sofort an die Arbeit gehen können.

Man muß ja berücksichtigen, daß wir es mit den Folgen eines fast 30jährigen Nebeneinanders von Gewerkschaft der Polizei und DGB zu tun hatten, als wir ohne Beteiligung der Öffentlichkeit mit den Gesprächen begonnen haben. Dennoch sind die Verhandlungen, die schließlich zu Beitrittsantrag und Aufnahme geführt haben, zügig und im Geist gegenseitigen Verständnisses geführt worden.

207 von 229 Delegierten des Außerordentlichen Gewerkschaftstages der GdP haben mit ihren Ja-Stimmen eindrucksvoll den Willen dieser Organisation bestätigt, dem Deutschen Gewerkschaftsbund beizutreten.

Der DGB-Bundesausschuß hat seinen Aufnahmebeschluß einstimmig gefaßt.

Ihr alle wißt, wie die Stimmenthaltung der ÖTV zu bewerten ist. Ich glaube, es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn ich von einem Ereignis von historischer Bedeutung spreche. Besondere Anerkennung - ich wiederhole es - verdient die Haltung der Gewerkschaft ÖTV. Ihr gebührt Dank für die Art, in der sie einen schweren inneren Willensbildungsprozeß abgeschlossen hat. Für eine Arbeitnehmerorganisation ist es mit das Schwerste, Mitglieder aufzufordern, in eine andere Gewerkschaft einzutreten. Dies gilt auch dann, wenn es sich dabei um eine Schwestergewerkschaft handelt.

Jetzt geht es darum, das gegenseitige Verständnis zu intensivieren. Sofern hier und da bei Mitgliedern der GdP noch Mißverständnisse bestehen, welche Haltung der DGB zu Fragen des Berufsbeamtentums und des öffentlichen Dienstrechts einnimmt, so wollen wir klarstellen, daß der DGB nicht für die Abschaffung des Berufsbeamtentums ist, sondern für dessen Weiterentwicklung und Anpassung an die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten. Es geht uns nicht um Gleichmacherei und Einebnung. Niemand bei uns zweifelt an der besonderen politischen Bedeutung von Polizei, Feuerwehr oder den im Gesundheitswesen Tätigen. Ich weiß, daß es zu ihrem Beruf gehört, in vielen Fällen Leistungen zu erbringen, die über das „Normale“ hinausgehen, ja oft sogar über das Zumutbare. Dazu verpflichtet sie ihr Dienstleid.

Aber wir sollten darüber nicht vergessen, wie sehr der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland auch darauf beruht, daß Millionen von Arbeitnehmern unmeßbare Leistungen erbracht und dafür zum Teil ihr Privatleben und ihre Gesundheit geopfert haben.

Bei unseren Reformforderungen für den öffentlichen Dienst kommt es uns darauf an, gleiche Sachverhalte gleich zu regeln. Dieses vernünftige Prinzip wird natürlich denen nicht einleuchten, die mit der Nutzung und Wahrung eines überkommenen Standesdünkels Politik machen.

Gemeinsam ist uns allen die Sorge um die Bewahrung und Festigung der Gewerkschaftsrechte. Wir haben gerade erlebt und erleben es noch, wie Streiks zur Erzeugung von Weltuntergangsstimmung benutzt werden. Das legitime, grundgesetzlich verbrieftete Recht zur Arbeitsniederlegung ist die letzte und schärfste Waffe der Gewerkschaften zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen.

Wir sind damit vorsichtig umgegangen, und wir werden auch weiterhin verantwortungsbewußt handeln. Aber wer bei jeder Streikdrohung im öffentlichen Dienst oder bei jedem Zeitungsstreik die Freiheit bedroht sieht, leistet der Tarifautonomie und damit auch der freiheitlichen Verfassung unseres Landes einen Bärendienst.

Schlecht beraten ist vor allem auch derjenige, ob Politiker, Journalist oder Unternehmerfunktionär, der nach dem Staat ruft oder sogar streikende Arbeiter als Problem der öffentlichen Ordnung betrachtet, für das sich die Ordnungsorgane zu interessieren hätten.

Tarifkonflikte sind das ureigene Betätigungsfeld der Tarifparteien. Die Gewerkschaften sind bisher dafür geradegestanden und werden es auch weiterhin tun, daß geltende Gesetze nicht verletzt werden. Wer als Politiker - auch dann, wenn Streiks länger dauern oder etwas hitziger werden — mit dem Gedanken an Polizeieinsatz spielt, setzt den sozialen Frieden aufs Spiel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte damit schließen. Mit dem Beitritt der GdP zum DGB hat die Gewerkschaftsbewegung die Chance bekommen, ihren Mitgliederauftrag noch besser zu erfüllen. Laßt uns an die Arbeit gehen.

Heinz O. Vetter - DGB- Vorsitzender —

